

2. So bringt die internationalen Schulden mit den Reparationen in Verbindung.
3. Frankreich und Belgien sollen mit England bei der Vorbereitung der Antwort an Deutschland mitwirken.
4. So stellt die Frage der Sicherheit für Frankreich wieder in den Vordergrund und betont Englands Unfähigkeit, Frankreich beim Einleiten der Reparationen behilflich zu sein, anstatt seine Drohung, unabhängig vorzugehen, auszuführen.

Stellungnahme der französischen Presse.

Über die Aufnahme der Regierungserklärung Baldwin und Lord Curzon in der Pariser Presse ist kurz folgendes zu sagen: Die Regierungs- und Boulevard-Blätter sind zufrieden über den äußerlich freundschaftlichen Ton gegenüber Frankreich. In diesem Sinne sind die Hoffnungen nicht getrübt worden. Abgesehen wird durchweg der Plan, für die Regelung der Reparationsfrage eine besondere Sachverständigenkonferenz einzuberufen, um die Zahlungsfähigkeit Deutschlands festzustellen. Mit einem Worte, für Verhandlungen mit Deutschland sei die Grundlage die vorherige Aufgabe des passiven Widerstandes usw. Ohne die Erfüllung dieser Vorbedingungen werden alle Verhandlungen abgelehnt. („Journal“ schreibt, man habe ein praktisches Programm angeknüpft. Unglücklicherweise finde man in den britischen Erklärung nur eine neue Verurteilung der Ruhrbesetzung, die den deutschen Widerstand nicht vermindern könne.)

Hiemlich äpernd bedauert „Deux“ mit Baldwin das Voincare jede Intimität zur Befestigung der Schwierigkeiten vermissen lasse. Die „Ere Nouvelle“ betont gleichfalls, daß man Voincare jetzt zwingen wolle, Farbe zu bekennen, ob er wolle oder nicht. Baldwin verurteilt in fester Form die Ruhrpolitik und trenne sich damit von Frankreich. Dieses müsse sich jetzt entscheiden für eine Isolierung oder für eine mit England gemeinsame Politik.

Auch die „Humanité“ betont die Verurteilung der französischen Ruhrpolitik durch Baldwin und meint weiter, der neuen Form der französisch-belgischen Verhandlungen solle man keine große Bedeutung beimessen. Sie würde nichts an der furchtbaren Erschütterung ändern, die das deutsche Volk heute erleide und die Baldwin zugegeben habe. Das Schicksal des deutschen Volkes bestimme morgen das Schicksal Europas. Die Staatsmänner des Occidents seien nicht imstande, das Schicksal von 80 Millionen Menschen durch Taktik zu bestimmen.

Billich abgelehnt

werden die Erklärungen Baldwin von zwei Stellen, nämlich von den Oppositionskräften der Rechten und von denen der Industrie. Das „Echo National“ meint, es sei nunmehr gewiß, die Lösung der Schwierigkeiten würde terminlos vertagt. Andererseits betont die „Journée industrielle“ ziemlich scharf, Baldwin habe einen Schlag direkt gegen die französische Ruhrpolitik geführt und die Ruhraktion verurteilt. Es sei dies zwar kein Bruch der Entente, aber ein Expose der Beweggründe eines etwaigen Bruches. Das Blatt erinnert an den Papstbrief. Auch die Engländer seien jetzt Gegner.

Italienisch-französische Meinungsverschiedenheiten?

Der „Corriere della Sera“ meldet aus Rom, Mussolini werde bei nächster Gelegenheit die Uebereinstimmung zwischen den Aktionen Englands, Italiens und auch des Papstes ausprechen. Die bisherige Geflogenheit der italienischen Politik, den Papst von allen politischen Handlungen auszuschließen, wurde von Mussolini aufgegeben. Der „Secolo“ meldet aus Rom: Der französische Gesandte beim Vatikan ist abgereist. Casparri war am Donnerstag zwei Stunden lang in der englischen Gesandtschaft beim Vatikan. Es findet ein fast ununterbrochener Drahtverkehr zwischen dem Vatikan und London statt. Die päpstliche Aktion geht dahin, daß die leidende Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete von jeder Beeinträchtigung ihrer Freiheit durch die Besatzungsarmeen befreit werden müßte.

Amerika geruht, seinen Beifall kundzutun.

Über die Aufnahme der Baldwin-Rede in Amerika liegen bis jetzt erst wenige Nachrichten vor. Nach dem „Newport Herald“ hat die Rede Baldwin in Washington großes Interesse gefunden. Amerika würde, so heißt es, sich in der von Baldwin gebachten Konferenz zur Feststellung der deutschen Zahlungsfähigkeit offiziell oder offiziell vertreten lassen. Nach der „Daily Mail“ erwartet man in Washington jetzt nach den englischen Worten auch Laten. Man hofft, daß es Baldwin gelingen wird, Frankreich für seinen Plan zu gewinnen, der sonst von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre.

Barmen wieder frei.

Die Franzosen sind gestern mittag 11 Uhr aus Barmen wieder abgezogen. Bis bei einer Besprechung mit dem während des Ueberfalls in seinem Dienstzimmer festgehaltenen Wächstmeister von einem Dolmetscher erklärt wurde, handelt es sich bei dem Vorposten um eine „Stammesangelegenheit“ gegen die Schützengarde wegen des Vor-

schlusses an der Konstanzer Grenze. Über einigen Schützengardebeamten ist der Reichsbannerführer Dr. Kraus von den Franzosen verhaftet und weggeführt worden. Während der Besetzung wurde der Zugverkehr fortgesetzt. Die Räder durften aber nicht verlassen und die Bahnsteige nicht betreten werden. Neben den staatlichen und städtischen Gebäuden waren auch die Klubs der Stadt stark besetzt.

Bei der ganzen Aktion handelt es sich zweifellos um eine Jagd auf das in Elberfeld befindliche Personal des Regierungspräsidiums Düsseldorf, dessen Bismarck erbrochen und beraubt wurden.

Wieder allerhöchste Uebergriffe.

Die Lage in Duisburg.

Die Lage der Stadt hat sich nicht im geringsten gebessert. Die Bevölkerung hat unter den verhängten Strafmaßnahmen außerordentlich schwer zu leiden. Ein deutscher Bürger, der am offenen Fenster im dunklen Zimmer saß, ist durch einen Halschuß schwer verletzt worden. Die arbeitende Bevölkerung wird durch die Straßensperre auf das härteste betroffen. Sie hat bei der unerträglichen Hitze keine Gelegenheit, sich nach der Arbeit im Freien zu erholen; besonders Kranke und Säuglinge werden durch die Sperre sehr gequält. Die festgenommenen Geiseln müssen auf Regenzügen mitfahren. Sie werden morgens gegen 7 Uhr zurücksgebracht und dann wieder festgesetzt. Bisher durften sie keine Besuche auch nicht von Geistlichen, empfangen und durften auch nicht am Gottesdienst teilnehmen. Zeitweise waren sie mit drei bis vier Mann in einer engen Gefängniszelle eingesperrt und erhielten Gefängnislohn.

Es wird weiter gemordet.

Am 10. Juli verunglückte zwischen Essen-Hauptbahnhof und Stoppenberg ein Güterzug der französischen Regie. Der Materialschaden ist sehr bedeutend. Die Lokomotive ist umgestürzt und mehrere Güterwagen wurden zertrümmert. Als am Donnerstagabend ein Arbeiter aus Stoppenberg in der Nähe der Unfallstelle seine Biene weidete, wurde er von einem französischen Posten durch einen Schuß in schwer verletzt, daß er binnen kurzen verstarb. Der Bahnhof Stoppenberg ist erneut besetzt worden.

Am Bahnhof Raternberg wurde ein deutscher Bürger, der sich den Bahnanlagen genähert hatte, von Franzosen niedergeschossen.

Drangsalierungen ohne Ende.

Zwei Mülheimer verschleppt und grausam mißhandelt.

Am 16. Mai brachten zwei städtische Beamte der Stadt Mülheim-Mülh. Liebesgaben nach Werden zum Zuchthaus für die gefangenen Bürger Mülheims. Die Liebesgaben hatten sie abgegeben, sie selbst kamen nicht zurück. Jetzt sind sie wieder aufgetaucht. Sie wurden von den Franzosen gefangen genommen, nach Essen ins Hafenhäuser gebracht, dort anderthalb Tage im Dachgeschoss ohne Nahrung festgehalten und mißhandelt. Am Spätabend des zweiten Tages wurden sie in das Kohlen-Syndikat gebracht, in dessen Kellerräumen schwer mißhandelt und weitere anderthalb Tage ohne Nahrung gehalten.

Uebergriffe auf unbefestem Gebiet.

In der Umgegend von Dorsten nehmen die Uebergriffe belgischer Grenzposten jenseits der Grenze überhand. Obwohl das Dorf Holsterhausen im unbefesteten Gebiet liegt wird allabendlich auf die Fenster, aus denen ein Lichtschimmer dringt, scharf geschossen. Am 10. Juli wurden an der Landstraße bei Holsterhausen und im Orte selbst Fußgänger mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, belgischen Soldaten die Füße zu waschen. Ferner wurde ebenfalls im unbefesteten Gebiet ein Grubenbeamter auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte von belgischen Soldaten überfallen und mit einem Gummiknüppel, an dessen Spitze eine Eisenkugel befestigt war, schwer mißhandelt.

Eine Verschwörung gegen die Sowjetregierung.

Aus Moskau kommt die Nachricht, daß die außerordentliche Kommission der Sowjetregierung, die sogenannte „Tscheka“, an deren Spitze der Kommissar Dzerzhinski steht, eine Verschwörung gegen die Sowjetregierung entdeckt hat, die den Zweck verfolgte, die gegenwärtige Sowjetregierung mit Lenin und Trotzki zu stürzen und an der Stelle des Rates der Sowjetkommisäre ein zwölfgliedriges Direktorium, bestehend aus internationalen Kommunisten einzusetzen. An der Spitze dieses Direktoriums, dem diktatorische Vollmachten zugedacht waren, sollten der frühere ungarische Kommunistenführer Bela Kun und der Höchstkommandierende der Petersburger Roten Armee Gitis stehen. Die übrigen zehn Mitglieder des Direktoriums sollten aus den Reihen der ausländischen Kommunistenführer gewählt werden.

Bela Kun hatte in Sowjetrußland eine neue radikal-kommunistische Partei gegründet, da er mit der Politik Lenins, der nach seiner Meinung zu viel Konzessionen dem Kapitalismus machte, nicht einverstanden war. In den Versammlungen dieser neuen Fraktion stellte Bela Kun fest, daß die gegenwärtige Regierung abtreten müsse da sie das Vertrauen der russischen Massen verloren habe und den Ideen des Kommunismus untreu sei. Bela Kun verstand es, den Höchstkommandierenden des Petersburger Militärbezirks Witts auf seine Seite zu ziehen und dieser versprach, ihm bei einer Umsturz die Garnison von Petersburg zur Verfügung zu stellen. Die Verschwörung war technisch so vorbereitet, daß die Verschwörer nur auf das Signal her-

ten um loszuziehen und Lenin und Trotzki zu verhaften. Wahrscheinlich wurde die Sache von irgendeinem Pseudoanbänger Bela Kuns verraten. Bela Kun erbleibt aber von dreizehn Seiten raschzeitig den Hintern zu verschwinden und flüchten. Witts wurde in der Nacht verhaftet und unter einem Pseudonym nach Moskau überführt. Die Sowjetregierung hält die Namen der Verschwörer streng geheim. In den kommunistischen Kreisen Rußlands ist man über die Haltung Bela Kuns dem man ein Asyl gewährt hat, mehr als empört und verlangt, daß er falls es gelingen sollte, ihn zu verhaften, vor ein Parteigericht gestellt werden solle.

Kleine politische Meldungen.

Escherdt entwichen. Der Korvettenkapitän a. D. Escherdt ist heute aus der Untersuchungshaft in Leipzig entwichen. Zu seiner Wiedereingekerkung sind vom Oberreichsanwalt alle notwendigen Maßnahmen eingeleitet worden. Das Untersuchungsgefängnis ist von einer Anzahl von Sipobeamten besetzt, da man mit der Möglichkeit rechnet, daß der Flüchtling sich noch im Gebäude befindet, dessen Dach eine schadhafte Stelle aufweist.

Kommunistische Streikregie auch auf dem Lande. Der kürzlich von der kommunistischen Partei gefasste Beschluß, unter den Landarbeitern eine verstärkte Propaganda für die kommunistischen Ziele zu betreiben, wirkt sich bereits in Streiks der Landarbeiter aus. So ist in den ostpreussischen Gebieten der Provinz Schleswig-Holstein im Kreise Wismar und Brda-Land ein Landarbeiterstreik auf bisher 80 Gütern ausgebrochen, der die Einbringung der in diesem Jahre besonders guten Heuernte in Frage stellt. Nachdem in Uebereinstimmung mit Sachverständigenurteilen der Regierungspräsident die Bergung der Heuernte als Notstandsarbeit bezeichnet hatte, wurde auf den betroffenen Gütern die Technische Nothilfe mit 800 Mann eingesetzt.

Nachkommen. Der sich einer sozialistischen Mehrheit erfreuende Münchner Stadtrat hat in seinem Hauptauschuß die Ausschmückung des der Obhut der Stadt anvertrauten Bismarckdenkmals am Starnberger See zum 25. Todestage Bismarcks am 30. Juli mit bez. Stimmen der Sozialisten gegen die der Bürgerlichen abgelehnt, obwohl Bismarck Münchens größter Ehrenbürger war. Als die Berliner Stadtratstreue eine Ehrung Bismarcks zum 80. Geburtstag ablehnte, schrieb der „Klabberdassler“ von Kamelen, und meinte damit die damaligen Stadtväter, also die Vorfahren der heutigen.

Schlußsitzung des Landtages.

Reizner über Meinungsverschiedenheiten zwischen der sächsischen Regierung und dem Reich.

In der Schlußsitzung des Landtages hielt zunächst Dr. Richter (Rom.) eine wüste Hezrede von einundzwanzig Dauer und erging sich in scharfen Angriffen auf die Reichsregierung. Zur Beilegung des Ruhrgebietes behauptete er, die deutschen Kapitalisten und deutschen Offiziere wären mit den französischen Offizieren solidarisch. Industrie und West wären die Kasernen der Ruhrbesetzung. Böttcher mußte „um zur Ordnung gerufen werden.“

Der deutsch-nationale Abg. Hofmann erklärte, lediglich den Etat abzulehnen. Auf die Rede des Abg. Böttcher überhaupt nur eingegangen, hieß es beschwörerisch.

Ministerpräsident Dr. Reizner:

Ich habe wiederholt erklärt, daß die kommenden Monate nicht nur die schwersten unserer Außenpolitik, sondern auch die schwersten im Innern sein werden. In Süddeutschland und auch in Sachsen sind nationalistische Kreise am Werke, um Verhinderung zu erzeugen oder einen Rückschlag gegen die Entwicklung der letzten Jahre herbeizuführen. Solchen Bestrebungen werden wir mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, gestützt auf unsere völkischen Kräfte, gestützt nötigenfalls auf die republikanische Rechte. Der Minister versucht dann, mit den Demokraten und der Deutschen Volkspartei abzurechnen. Die Demokraten seien in das Fahrwasser der Reaktion geraten. (Zuruf: „Wohin sind Sie denn geraten?“) Und deren Schwärzpartei, die Deutsche Volkspartei, solle auch nicht bei den Angriffen auf die Regierung. Das beweise erneut ihre Unfruchtbarkeit auf die Regierung. Der Redner fährt fort: Ich kann Ihnen versichern, wir haben in einer ganzen Reihe von Fällen die Reichsregierung darauf hinweisen müssen, daß die Reichsverfassung Aufagen enthält, die bis heute noch nicht angenommen sind. Man soll nicht immer von uns Verfassungswidrigkeiten behaupten, ohne jeweils einen Beweis dafür zu liefern. Fragen Sie doch die Reichsregierung, ob die Umnechts, die Kontrollauschüsse und andere Gesetze mit der Verfassung im Widerspruch stehen.

Er wisse auch, daß Berliner amtliche Stellen diese Gefahren anders beurteilen wie die sächsische Regierung. Diese Stellen hätten sich aber bereits einmal geirrt. Wenn ihm ein Einlassung zum Reichskanzler vorgeworfen würde, so könne er nur erklären, daß zwischen der sächsischen Regierung und der Reichsregierung Meinungsverschiedenheiten von größter Tragweite nach wie vor bestehen. Unbedingt Rücksicht für die sächsische Regierung werde sein die Einhaltung von Landes- und Reichsverfassung, aber mit dem Geiste, der von Reichs gepflegt werde, wolle die Regierung nichts zu tun haben.

Das Haus nahm darauf den Haushaltsplan gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei an. In einer sich anschließenden Nachsitzung erledigte der Landtag die neue Gemeindeordnung, die ganz und gar nach sozialistisch-kommunistischem Rezept gefaßt ist. Sämtliche bürgerlichen Winderbeiträge wurden niedergestimmt. Auch über die verfassungsmäßigen Rechte der Beamten ging man glatt hinweg, ungeachtet des Protestes der Bürgerlichen, die hiergegen Reichsregierung und Reichsgericht anrufen werden.

Darauf ging das Haus in die Sommerferien.

Es dürfte nicht uninteressant sein, daß die „Sächsische Staatszeitung“ über die ergebnislos erachtete Schmachtrabe Böttchers mit folgenden Worten hinweggeht:

„In der gestrigen Rede des sächsischen Landtages interpellierte der kommunistische Abgeordnete Böttcher in einer längeren Rede die sächsische Regierung anlässlich der Beratung des Gesamtetats über ihre Einstellung zur Situation.“